

13.11.2020

12. Mitgliederversammlung der Allianz gegen Rechtsextremismus „Corona-Rebellen“ stellen eine Gefahr für die Demokratie dar

Am Donnerstag, 12.11.2020, fand die **zwölfte Mitgliederversammlung der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg** aufgrund der Pandemie digital statt.

Marcus König, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, dankte in seinem Grußwort den Engagierten in der Allianz, die sich mutig und immer häufiger um den Preis auch persönlicher Bedrohungen gegen die Gefahr von rechts stellen. Die wichtigste Säule im Kampf gegen den Rechtsextremismus sei Einigkeit und Solidarität aller demokratischen Kräfte in unserer Gesellschaft.

Der **Vorsitzende Stephan Doll** blickte zurück auf dieses außergewöhnliche Jahr 2020 zwischen Kommunalwahl und Corona-Pandemie. Er betonte insbesondere die Veranstaltungen und Aktionen der Kampagne „Wer Demokratie WÄHLT keine Rassisten“ im Vorfeld der bayerischen Kommunalwahl im März. Besonders erfolgreich zeigte sich hier die [Online-Mitmachaktion für angehende Kommunalpolitiker*innen](#), die in der gesamten Metropolregion und parteiübergreifend gut angenommen wurde.

Auch die **aktuellen Bedrohungen gegen Moscheegemeinden in der Metropolregion Nürnberg** waren Thema der Mitgliederversammlung. Hier positionierte sich Stephan Doll deutlich: „Die *Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg* verurteilt die Drohungen gegen unsere Freunde muslimischen Glaubens auf das Schärfste. Wir bekämpfen als *Allianz* jegliche Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Drohbriefe gegen die Islamische Gemeinde Nürnberg und die Moscheegemeinde in Diethofen sind ein Angriff auf alle Demokratinnen und Demokraten. Die Anspielung auf den Holocaust macht deutlich: Hier sind Faschisten am Werk.“

Umso erschreckender ist, dass gerade in den letzten Wochen und Monaten auf Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen offen antisemitische Übergriffe, Äußerungen und Symbole auftauchen. Der [Monitoringbericht der Recherche- und Informationsstelle gegen Antisemitismus \(RIAS\)](#) zeigt dies eindrücklich – die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen.

Immer wieder sehen sich Jüdinnen und Juden Übergriffen ausgesetzt; Synagogen müssen polizeilich bewacht und Schutzvorrichtungen installiert werden. Die politische Stimmung, geprägt durch „Corona-Rebellen“, die AfD und andere Rechtsextremist*innen, befeuert diese Entwicklungen weiter und trägt zu einer stückweisen Verschiebung des Unsagbaren bei. Aus Worten werden Taten.

Diese Entwicklungen der letzten Zeit waren der Hintergrund, **Herrn Dr. Ludwig Spaenle**, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, für einen Vortrag zum Thema „**Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie**“ einzuladen. Er gab den Teilnehmenden der Mitgliederversammlung erschütternde Einblicke aus seinem Aufgabengebiet. **Die Allianz setzte daraufhin ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und schloss sich der Definition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) an.** Sie ruft ihre Mitglieder dazu auf, diese Definition auch in ihre Strukturen zu tragen und sich ihr ebenfalls anzuschließen. (Vollständiger Antrag: Siehe ANHANG 1).

Zudem verabschiedete die Mitgliederversammlung eine **Resolution zu den „Corona-Rebellen“**, zu denen auch Verschwörungstheoretiker*innen, Coronaleugner*innen und die extreme Rechte zu zählen sind. Bei deren Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen werden Verschwörungsmymen gezielt verbreitet. Antisemitische Stereotype treten offen zutage, die unweigerlich an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte erinnern. Eine wirksame Abgrenzung gegen Antisemit*innen, Reichsbürger*innen, Holocaustleugner*innen, Neo-Nazis und andere extrem rechte Parteien und Gruppierungen fand bis heute nicht statt. (Vollständiger Antrag: Siehe ANHANG 2).

Der Antrag wurde ganz bewusst aufgrund der jüngsten Ausschreitungen in der Bundesrepublik, wie beispielsweise in Leipzig, formuliert. Doch auch hier in der Metropolregion Nürnberg finden und fanden Demonstrationen dieser Art statt: Am 31.10.2020 demonstrierten Corona-Leugner*innen in Ansbach gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. Unter den Organisator*innen und Teilnehmer*innen dieser Demonstrationen kursierten Nachrichten in Telegram-Chats, die klar dem rechtsextremen und antisemitischen Spektrum zuzuordnen sind. An diesem Sonntag, 15.11.2020, finden außerdem Demonstrationen und Kundgebungen der selbsternannten Querdenker statt - mit einem Schwerpunkt in Erlangen. „Die Allianz fordert alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich an diesen Veranstaltungen nicht zu beteiligen“, so Stephan Doll. Für weitere Informationen hierzu verweisen wir auf die Pressemitteilung der Aktion Courage.

Die Mitgliederversammlung der Allianz begrüßte **die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bezirksgruppe Mittelfranken herzlich als 400. Mitglied!** Sie ehrte die anwesende Vertreterin der GdP Bezirksgruppe Mittelfranken, Frau Ulrike Rauskolb-Kunz, virtuell. (Siehe hierzu: gemeinsame Pressemitteilung der GdP Bezirk Mittelfranken und der Allianz).

Rückfragen bitte an:

Geschäftsstelle Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg
0911-231-90587
kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de
oder an Stephan Doll 0911-24916-6

ANHANG 1:

Allianz setzt ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus

Seit über 10 Jahren setzt sich die *Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg* entschieden gegen alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit sowie Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit ein.

Die Präambel der Satzung prägt damit unser Selbstverständnis in der *Allianz* und daraus erwächst die Selbstverpflichtung für uns und unsere Mitglieder, sich deutlich gegen Antisemitismus zu positionieren. Jeder Angriff auf Jüdinnen, Juden und jüdische Einrichtungen ist ein Angriff auf uns alle!

Umso erschreckender ist für uns, dass gerade in den letzten Wochen und Monaten auf Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen offen antisemitische Übergriffe, Äußerungen und Symbole auftauchen. Der Monitoringbericht der Recherche- und Informationsstelle gegen Antisemitismus (RIAS)¹ zeigt dies eindrücklich – die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher sein.

Immer wieder sehen sich Jüdinnen und Juden Übergriffen ausgesetzt; Synagogen müssen polizeilich bewacht und Schutzvorrichtungen installiert werden. Die politische Stimmung, geprägt durch „Corona-Rebellen“, die AfD und andere Rechtsextremist*innen, befeuert diese Entwicklungen weiter und trägt zu einer stückweisen Verschiebung des Unsagbaren bei. Aus Worten werden Taten.

Diesen Entwicklungen müssen wir Demokrat*innen entschieden entgegentreten!

Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) hat eine Definition von Antisemitismus verabschiedet, die zwischenzeitlich von vielen Staaten, der Bundesregierung dem Freistaat Bayern, zahlreichen Kommunen und auch von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen (wie beispielsweise dem Bayerischen Jugendring oder dem DGB Bayern) angenommen wurde. Die Definition soll auch der Selbstvergewisserung von zivilgesellschaftlichen und kommunalen Organisationen dienen; sie lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen. Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten.“

Die *Allianz* schließt sich der Definition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) an und ruft ihre Mitglieder dazu auf, diese in ihre Strukturen zu tragen und sich ihr anzuschließen.

ANHANG 2:

Resolution der Mitgliederversammlung 2020 zu den „Corona-Rebellen“

Das Jahr 2020 war und ist ein herausforderndes Jahr für uns alle. Die Corona-Pandemie hat uns in unserem Alltag stark eingeschränkt. Die dramatischen Folgen der Covid-19-Pandemie beeinflussen das Leben jeder/jedes Einzelnen nachhaltig. In solchen Zeiten steht für die Allianz gegen Rechtsextremismus fest: Mehr denn je ist gegenseitige Solidarität und eine klare Haltung gegen die Feinde unserer Demokratie gefordert!

Bei den als „Hygienedemos“ begonnenen regelmäßigen Veranstaltungen von sogenannten „Corona-Rebellen“ vereinen sich Verschwörungstheoretiker*innen, Coronaleugner*innen und die extreme Rechte auf Bühnen und im Publikum. Verschwörungsmmythen werden gezielt verbreitet. Antisemitische Stereotype treten offen zutage, die uns unweigerlich an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte erinnern. Eine wirksame Abgrenzung gegen Antisemit*innen, Reichsbürger*innen, Holocaustleugner*innen, Neo-Nazis und andere extrem rechte Parteien und Gruppierungen fand bis heute nicht statt. In den sozialen Netzwerken dieser Gruppen werden extrem rechte Positionierungen bis hin zum Aufruf zu Umsturz und Gewalt regelmäßig akzeptiert. Zudem wurden und werden bei diesen Demonstrationen systematisch die geltenden Corona-Regeln missachtet. Damit setzen die Feinde unserer Demokratie unser aller Gesundheit aufs Spiel.

Wir als Demokratinnen und Demokraten dürfen ein solches Verhalten nicht hinnehmen!

Bedenken zu den Corona-Maßnahmen und den Einschränkungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind in einer Demokratie möglich und nötig. Deren Äußerung ist Zeichen einer lebendigen Demokratie.

Jede*r Einzelne hat jedoch die Verpflichtung, seine Kritik nicht in den Dienst von Feinden unserer Demokratie zu stellen und zu hinterfragen, mit wem er/sie auf der Straße steht. Keine Sorgen, keine Kritik, keine Empörung und auch keine Enttäuschung rechtfertigen den Schulterschluss mit den Feinden unserer Demokratie.

Die Allianz fordert daher alle Demokrat*innen auf, solidarisch allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit sowie Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit entschieden entgegenzutreten!

Mit unserer Resolution appellieren wir mit Nachdruck an alle Demonstrant*innen, nicht mit sogenannten Reichsbürger*innen, Holocaustleugner*innen, Verschwörung Anhänger*innen, Antisemit*innen und Neo-Nazis auf die Straße zu gehen, sondern sich deutlich von diesen zu distanzieren!

Auch in diesen Zeiten zeigen wir gemeinsam klare Kante gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit!